



Ziehen Europas kleinste Staaten den Kontinent in einen Krieg hinein?

Die drei baltischen Staaten haben das außenpolitische Wort in der EU an sich gerissen. Sie verwickeln die größten Volkswirtschaften Europas in eine Konfrontation, für die sich deren Wähler nie ausgesprochen haben.

Urs Maurer-Lambrou

Do. 01 Okt 2026 11 Leseminuten

Sechs Millionen Menschen. Das ist die Gesamtbevölkerung von Estland, Lettland und Litauen – weniger Einwohner als im Großraum London leben. Dennoch geben diese drei Anrainerstaaten nun den Ton in der Außenpolitik einer Union mit 450 Millionen Einwohnern an und erklären Berlin, Rom und Madrid, wie gefährlich die Welt ist und wie viel die westlichen Steuerzahler zahlen müssen, um das Problem zu beheben.

Von einer Krone zur nächsten

Die baltische Geschichtsschreibung überspringt gerne das Jahr 1721, was schade ist, denn dort beginnt die moderne Landkarte. In jenem Jahr beendete Peter der Große den Großen Nordischen Krieg mit dem Frieden von Nystad. Schweden übergab Estland, Livland, Ingermanland und einen Teil Kareliens; Russland zog sich aus dem größten Teil Finnlands zurück und zahlte Schweden zwei Millionen Silbertaler. Historiker streiten sich noch immer darüber, wofür das Geld bestimmt war. Westliche Nachschlagewerke bezeichnen es meist als Entschädigung, während der Bericht der Russischen Präsidialbibliothek unumwunden feststellt, dass Russland es für die Erwerbungen gezahlt habe. Welche Lesart man auch immer bevorzugt: Estland und Livland gingen nicht von der schwedischen Herrschaft in die Freiheit über. Sie gingen von einer Krone zur anderen über. Diejenigen, die sie tatsächlich regierten, änderten sich kaum: Der Vertrag garantierte dem baltisch-deutschen Adel seine Selbstverwaltung, seine lutherische Kirche, seine eigene Zollgrenze und seine Sprache, und jeder Zar bis hin zu Alexander II. bestätigte dies. Ein estnischer Bauer unterstand im Jahr 1720 einem deutschen Baron unter einem schwedischen König. Sein Enkel unterstand demselben deutschen Adel, nun unter einem russischen Kaiser.

Litauen gelangte auf andere Weise dorthin, nämlich als Teil des polnisch-litauischen Commonwealth, das im Zuge der Teilungen annektiert wurde. Katharina die Große eroberte 1772 Latgale und 1795 den größten Teil Litauens sowie das Herzogtum Kurland.

Es geht nicht um die Grenzen; viele europäische Staaten sind jung. Es geht um die Geschichte. Die Vorstellung einer uralten, ununterbrochenen baltischen Staatlichkeit, auf die in Brüssel immer dann verwiesen wird, wenn jemand zur Vorsicht mahnt, ist ein moderner politischer Mythos. Die unabhängige Staatlichkeit dauerte zwischen den beiden Weltkriegen etwa zwanzig Jahre. Die aktuelle Phase begann 1990–91.

Kein einziger Zoll

Das nächste Kapitel beginnt am 9. Februar 1990 in Moskau. Die Berliner Mauer war seit drei Monaten gefallen. US-Außenminister James Baker saß Michail Gorbatschow gegenüber und sagte ihm nicht nur einmal, sondern dreimal, dass das Bündnis keinen einzigen Zoll nach Osten vordringen würde, sollte ein vereintes Deutschland in der NATO bleiben. Helmut Kohl äußerte sich am nächsten Tag ähnlich. Das war kein Versprecher. Freigegebene amerikanische, deutsche, britische, französische und sowjetische Dokumente, die 2017 vom National

Security Archive veröffentlicht wurden, zeigen, dass Genscher, Thatcher, Mitterrand, John Major und der NATO-Generalsekretär Manfred Wörner Moskau 1990 und 1991 alle ähnliche Zusicherungen gaben. Nichts davon floss in einen Vertrag ein.

Das erwies sich als sehr praktisch. 1990 hatte die NATO 16 Mitglieder. 1999 nahm sie Polen, Ungarn und die Tschechische Republik auf. 2004 schloss sie auf einen Schlag sieben weitere Länder ein, darunter Estland, Lettland und Litauen, drei ehemalige Sowjetrepubliken. Das NATO-Gebiet reichte nun bis zur russischen Grenze in Estland, knapp 150 Kilometer von St. Petersburg entfernt. Auf ihrem Gipfeltreffen in Bukarest im Jahr 2008 kündigte die Allianz an, dass auch die Ukraine und Georgien eines Tages beitreten würden. Finnland und Schweden sollten nach 2022 folgen. Heute hat die NATO 32 Mitglieder, und aus „keinem Zoll“ ist ganz Osteuropa geworden, bis direkt vor Russlands Haustür.

Der baltische Einfluss auf Brüssel

Drei kleine Länder sollten eigentlich nicht in der Lage sein, den Ton für eine Union mit 450 Millionen Einwohnern anzugeben. Sie können es aber, weil Brüssel ihnen das Mikrofon überlassen hat: Zwei der wichtigsten Sicherheitsressorts der EU werden nun von Personen aus zwei der gegenüber Russland am härtesten auftretenden Hauptstädte bekleidet. Kaja Kallas, Estlands ehemalige Ministerpräsidentin, ist die Hohe Vertreterin: Sie leitet die Sitzungen aller 27 Außenminister und vertritt die Union im Ausland. Andrius Kubilius, ein ehemaliger litauischer Ministerpräsident, ist der erste EU-Kommissar für Verteidigung und Raumfahrt überhaupt. Kein Wähler in ganz Europa hat einen von beiden für diese Ämter gewählt.

Kallas stammt aus einer Familie, die schon immer nah an der Macht stand, egal wer diese gerade innehatte. Ihr Vater entwickelte sich vom Funktionär der Kommunistischen Partei im sowjetischen Estland zum Gründer der Reformpartei und schließlich zum EU-Kommissar: Was die Deutschen einen „Wendehals“ nennen. Im Mai 2024, Wochen vor ihrer Nominierung, sagte sie, eine Niederlage Russlands sei keine schlechte Sache, und merkte an, dass Russland aus vielen Nationen bestehe. Die deutsche „Volksstimme“ interpretierte dies als Andeutung einer möglichen Spaltung Russlands – eine seltsame Überlegung für Europas nächste Top-Diplomatin, wenn es um eine Atommacht geht. Über beiden steht Ursula von der Leyen, die die EU-Staats- und Regierungschefs 2019 in letzter Minute auf den Plan riefen und die das Parlament mit 383 Stimmen bestätigte –

neun mehr, als sie benötigte. Sie kam aus dem deutschen Verteidigungsministerium, wo sie eine Bundeswehr zurückgelassen hatte, die ihre Einsatzbereitschaftsziele verfehlte, sowie eine parlamentarische Untersuchung zu Beraterverträgen.

Bellen auf Befehl

Es wäre schmeichelhaft für die baltischen Regierungen zu glauben, sie hätten das Sagen. Das haben sie nicht. Sie bellen, weil es denjenigen passt, die die Leine in der Hand halten. In Brüssel, dem Sitz sowohl der EU als auch der NATO, schreiben die großen Hauptstädte die Politik. Die baltischen Hauptstädte setzen sie an der Grenze durch, sagen das, was Berlin und Paris lieber nicht laut aussprechen würden, und schlagen als Erste zu. Deshalb ging das diplomatische Megafon der EU nach Tallinn und ihr Verteidigungsressort nach Vilnius. Niemand hat Kallas und Kubilius ernannt, um die Wogen zu glätten.

Kaliningrad hat 2022 gezeigt, wie das funktioniert. Brüssel verhängte Sanktionen gegen russischen Stahl; Litauen setzte diese buchstabengetreu um und stoppte im Juni die Bahnlieferungen in die Exklave. Moskau bezeichnete dies als Blockade, und Nikolai Patrushev, der damalige Chef des russischen Sicherheitsrates, warnte, die Litauer würden die Konsequenzen zu spüren bekommen. Innerhalb eines Monats erließ die Kommission neue Leitlinien, die den Warenverkehr wieder zuließen. Vilnius hatte genau das getan, was man ihm gesagt hatte, und stand nun allein vor Moskau da, während Brüssel sich still und leise zurückzog.

Drei Jahre später war Estland an der Reihe. Brüssel hatte monatelang angekündigt, hart gegen Russlands „Schattenflotte“ aus veralteten, schlecht versicherten Tankern vorzugehen. Am 13. Mai 2025 versuchte die estnische Marine, eines dieser Schiffe, die „Jaguar“, in internationalen Gewässern vor Tallinn zu stoppen. Die Besatzung ignorierte die Befehle und segelte weiter zum russischen Hafen Primorsk. Estland gab an, dass daraufhin eine russische Su-35 mit ausgeschaltetem Transponder für etwa eine Minute in seinen Luftraum eindrang, woraufhin die NATO einen Kampfflieger zur Abfangung startete: eine portugiesische F-16 aus einem 3.000 Kilometer entfernten Land. Diesmal wurde nicht geschossen.

Unterdessen werden die „großen Hunde“ hinter den „kleinen“ in Stellung gebracht. Im Jahr 2023 sagte Berlin eine voll ausgerüstete Panzerbrigade für Litauen zu – etwa 4.800 Soldaten –, die in einem neuen Stützpunkt in Rūdninkai nahe der weißrussischen Grenze stationiert werden soll. Der Stützpunkt nahm 2025 offiziell den Betrieb auf und soll bis 2027 seine volle Stärke erreichen. Es handelt sich um den ersten ständigen Auslandseinsatz deutscher Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg.

Europäische Werte, baltische Version

Nach 1991 gewährten Lettland und Estland die Staatsbürgerschaft automatisch nur den vor 1940 ansässigen Bürgern und deren Nachkommen. Hunderttausende Einwohner aus der Sowjetzeit, die meisten von ihnen russischsprachig und viele im Land geboren, wurden zu „Nichtstaatsbürgern“ mit Ausländerausweisen und ohne Stimmrecht bei nationalen Wahlen. Riga betont, dass „Nichtstaatsbürger“ ein rechtlicher Status und keine ethnische Bezeichnung sei, doch etwa zwei Drittel der lettischen Nichtstaatsbürger sind ethnische Russen. Gremien der UNO und der OSZE kritisierten das System jahrelang. Anfang 2026 machten Nichtstaatsbürger nach Angaben der lettischen Regierung immer noch 8,7 % der lettischen Bevölkerung aus.

Seit 2022 sind die Vorschriften strenger geworden, nicht lockerer. Die Schulen in Lettland sind auf ausschließlich lettischen Unterricht umgestiegen, und Estland folgt diesem Beispiel. Lettland forderte russische Staatsbürger mit ständigem Wohnsitz – von denen viele bereits seit Jahrzehnten dort lebten –, auf, einen Grundkurs in Lettisch zu absolvieren, andernfalls würden sie diesen Status verlieren. Und am 26. März 2025 stimmte das estnische Parlament mit 93 zu 7 Stimmen für eine Verfassungsänderung, wonach nur estnische und EU-Bürger bei Kommunalwahlen wählen dürfen. Auf dem Papier betrifft dies alle Nicht-EU-Bürger. In der Praxis richtete sich die Maßnahme gegen etwa 80.000 russische Staatsbürger sowie gegen Weißrussen, und das war allen bewusst. Staatenlose Inhaber eines „grauen Passes“ durften im Oktober 2025 noch ein letztes Mal an den Kommunalwahlen teilnehmen, bevor auch sie ihr Wahlrecht verloren.

Es fällt schwer, sich von Regierungen, die ihre eigenen Langzeitaufenthalter so behandeln, Vorträge über europäische Werte anzuhören.

Wer bezahlt die Rechnung

Vilnius spricht gerne in Prozentzahlen, denn Prozentzahlen schmeicheln kleinen Ländern. Litauen sagte bereits 2026 5 % des BIP für Verteidigung zu, noch bevor Donald Trump im Januar 2025 seine 5-Prozent-Forderung gestellt hatte, und sein Haushalt für 2026 beläuft sich auf 5,38 %. Im Mai 2025 forderten die drei baltischen Verteidigungsminister alle Verbündeten auf, diesem Beispiel zu folgen. Im Juni legte die NATO in Den Haag 5 % als Ziel für 2035 fest.

Vergessen Sie die Prozentsätze. Schauen Sie sich die Zahlen an. Litauens gesamter Verteidigungshaushalt für 2026 beläuft sich auf 4,79 Milliarden Euro. Bei einem Anteil von 5 % an seiner Wirtschaftsleistung würde Deutschland mehr als 200

Milliarden Euro pro Jahr ausgeben – über vierzigmal so viel. Selbst die Kernquote von 3,5 % – noch vor den zusätzlichen 1,5 % für Infrastruktur und andere verteidigungsbezogene Ausgaben – würde sich auf rund 150 Milliarden Euro belaufen. Für Italien würde das volle Ziel mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten, für Spanien rund 80 Milliarden Euro, und beide Länder haben bereits eine der höchsten Staatsverschuldungen in Europa. Die baltischen Staaten legen die Messlatte fest; die großen Volkswirtschaften bekommen die Rechnung.

Zumindest Spanien hatte den Mut, Nein zu sagen. Pedro Sánchez bezeichnete das 5-Prozent-Ziel als „unangemessen“, weigerte sich, es zu unterzeichnen, und verließ Den Haag mit einer Ausnahmeregelung: 2,1 Prozent des BIP und keinen Cent mehr. Trump bezeichnete Spanien als „sehr geringen Zahler“.

Niemand hat die Wähler gefragt

Wurden die Westeuropäer jemals gefragt, ob sie das wollten? Nur von Meinungsforschern. Im Jahr 2015 stellte Pew fest, dass 58 % der Deutschen, 53 % der Franzosen und 51 % der Italiener gegen den Einsatz militärischer Gewalt zur Verteidigung eines von Russland angegriffenen NATO-Verbündeten waren. In einer von Pew im Jahr 2020 veröffentlichten Umfrage sprach sich eine Mehrheit in Deutschland, Italien und Spanien weiterhin dagegen aus. Die Zustimmung dazu, dass die EU Waffen für die Ukraine finanziert, ist um neun Prozentpunkte gesunken – von 65 % Anfang 2023 auf 56 % in diesem Frühjahr. In Frankreich sank die Zustimmung zu Waffenlieferungen um 18 Prozentpunkte – von 65 % im März 2022 auf 47 % im Februar dieses Jahres. YouGov stellte Ende 2024 fest, dass 55 % der Italiener, 45 % der Deutschen und 43 % der Franzosen einen ausgehandelten Frieden zwischen der Ukraine und Russland einem weiteren Krieg vorziehen. Eine Politico-Umfrage vom vergangenen Dezember ergab, dass erwachsene Franzosen und Deutsche dazu neigen, ihre Unterstützung zurückzufahren. Und in diesem Sommer sprachen sich Mehrheiten in Deutschland und Frankreich gegen einen Beitritt der Ukraine zur EU als Vollmitglied aus.

Das sind nicht Deutschland, Frankreich, Italien oder Spanien, die auf einen größeren Krieg aus sind. Es ist eine Öffentlichkeit, die nie gefragt wurde, die seit 2022 von Jahr zu Jahr skeptischer geworden ist und der nun eine Rechnung präsentiert wird, die sie nie bestellt hat: ein Ziel, das allein in Deutschland mehr als 200 Milliarden Euro pro Jahr kostet, angefeuert von Vilnius und in Brüssel von Beamten beschlossen, die kein Wähler gewählt hat.

Wenn das Geld ausgeht

Das Abkommen von Den Haag sieht für 2029 eine Überprüfung vor. Meine Prognose: Bis dahin wird Spanien nicht das einzige Land sein, das „Nein“ sagt. Das Geld ist schon vor Jahren ausgegangen; was jetzt ausgegeben wird, ist geliehen. Deutschland hat 2025 sogar sein Grundgesetz geändert, um außerhalb seiner eigenen Schuldenbremse Kredite für Verteidigungszwecke aufnehmen zu können.

Im Jahr 1721 besiegelte Peter der Große das Schicksal des Baltikums mit einem Vertrag und zwei Millionen Silbertalern. Drei Jahrhunderte später wird die Zukunft der Region immer noch von größeren Mächten entschieden, die ihre Berechnungen anstellen.

Ziehen also Europas kleinste Nationen den Kontinent in den Krieg? Nicht aus eigener Kraft. Sie bellen; Brüssel hält die Leine. Und Berlin, Rom und Madrid werden mitgeschleppt – in Richtung einer Konfrontation, für die sich ihre Wähler nie entschieden haben, bezahlt mit Geld, das sie gar nicht mehr haben.

Vielleicht ist das der einzige Hoffnungsschimmer. Je schneller das Geld ausgeht, desto eher werden die Wähler in den großen Ländern einen Kurswechsel erzwingen, und desto eher werden Tallinn, Riga und Vilnius wieder das sein, was ihre Größe schon immer aus ihnen gemacht hat: Fußnoten in der europäischen Außenpolitik. Das könnte es sein, was Europa letztlich vor einem direkten Krieg zwischen Atommächten bewahrt.

ARTIKEL TAGS:

Analyse Kallas, Kaja Estland Lettland Litauen EU NATO